

A1-Ä1

Antrag

Initiator*innen: Luca Brunsch (KV Kiel)

Titel: **A1-Ä1: Für eine klare Begrenzung der Militärausgaben, damit wir handlungsfähig bleiben!**

Antragstext

Von Zeile 24 bis 30:

~~1. Eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts auf 3,5 oder 5 Prozent (inklusive militärischer Infrastruktur) des Bruttoinlandsprodukts lehnen wir ab. Die Ausgaben sollen vom heute bereits hohen Niveau aus nicht noch weiter erhöht werden, weil dann nicht genug für alles andere wichtige übrig bleibt.~~

1. Die Erhöhung der Rüstungsausgaben wird aktuell kreditfinanziert. Sie soll auch weiterhin nicht zu Lasten anderer Haushaltsposten gehen. Um die steigenden Kosten zur Verteidigung unserer und verbündeter Demokratien finanziell nachhaltiger zu decken, sollten die Superreichen in unserer Gesellschaft zudem einen deutlich höheren finanziellen Beitrag leisten müssen.

~~Zum Vergleich: Seit über 40 Jahren lagen die Verteidigungsausgaben immer unter 3 Prozent des BIP. Und im Jahr 2024 entsprachen 5 Prozent des BIP ca. 45% des Bundeshaushaltes.~~

Begründung

Die aktuellen Rüstungsausgaben sind notwendig. Da sie kreditfinanziert sind, ist es zudem nicht sachgerecht, sie gegen andere Haushaltsposten auszuspielen. Dass in existenziellen Krisen Reiche nicht deutlich stärker belastet sondern tendenziell

sogar entlastet werden bricht dagegen mit der historischen Weisheit aller langfrist stabilen und erfolgreichen Gesellschaften.

Unterstützer*innen

Jessica Leutert (KV Kiel), Nelly Waldeck (KV Kiel), Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg), Alexander Winizki (KV Stormarn), Martin Kolanus (KV Herzogtum Lauenburg), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Max Hansen (KV Herzogtum Lauenburg), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Petra Kärgel (KV Pinneberg), Lukas Peschke (KV Kiel), Karsten Ellmenreich (KV Neumünster)